

Vertrauen schaffen! Politik und Glaubwürdigkeit

Von Julia Heyl und Katrin Matuschek

Überblick



Quelle: S. Hofschlaeger / pixelio.de

Immer wieder nehmen sich PolitikerInnen nach enttäuschenden Wahlergebnissen vor, das "Vertrauen der WählerInnen zurückzugewinnen". Die These von dem in die Politik verlorengegangenen Vertrauen ist in aller Munde, und auch die Ergebnisse der Europawahlen 2014 geben wieder Anlass zur Diskussion. Zwar wurde der Abwärtstrend bei der Wahlbeteiligung in Deutschland gestoppt, doch eine geringe Wahlbeteiligung in anderen europäischen Ländern und die Erfolge der europakritischen Parteien lassen die Vermutung zu, dass die Menschen sich in der Politik nicht wiederfinden und den Eindruck haben, sie könnten nichts bewegen. Woran liegt dieser Vertrauensentzug, wie zeigt er sich, und was kann die Politik tun, um Politikverdrossenheit zu begegnen und Glaubwürdigkeit zurückzugewinnen?

In dieser Arbeitshilfe wollen wir folgende Fragen diskutieren:

- Stimmt es, dass die Menschen zunehmend das Vertrauen in die Politik und die Demokratie verlieren? Und woran könnte ein solcher Vertrauensverlust festgemacht werden?
- Welche Gründe gibt es für den Vertrauensentzug und welche Konsequenzen hat ein Vertrauensverlust für die Demokratie?
- Was kann getan werden, um (verlorengegangenes) Vertrauen wiederzugewinnen?

Inhalte:

1. Vertrauensverlust, Glaubwürdigkeit und Politikverdrossenheit	2
2. Vertrauensverlust in die Politik – einige Befunde	2
3. Wie zeigt sich der Vertrauensverlust?.....	3
4. Gründe für den Vertrauensverlust.....	3
5. Kehrtwende zu einer politischen Kultur des Vertrauens.....	4
5.1. Verständnis für politische Prozesse und Demokratie durch Politische Bildung fördern.....	4
5.2. Politisches Vertrauen wiedererlangen.....	5
5.3. Sachgerechte, verständliche und politisch neutrale Medienberichterstattung	6
5.4. Engagement von Zivilgesellschaft und BürgerInnen	6
6. Zusammenfassung	6
7. Quellen zum Vertiefen	9

1. Vertrauensverlust, Glaubwürdigkeit und Politikverdrossenheit

Immer wieder wird medienwirksam der Befund verbreitet, dass die Menschen das Vertrauen in die Politik verloren hätten. Nach Wahlniederlagen hört man aus den Mündern der PolitikerInnen häufig reumütig: „Wir müssen das Vertrauen unserer WählerInnen wiedergewinnen“. Doch was ist mit dem vielbeschworenen Vertrauen bzw. Verlust dessen eigentlich gemeint? Und was gibt Anlass zur Vermutung, dass das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die politischen Eliten und Institutionen schwindet?

Als Vertrauen in die Politik kann man den Glauben der Bevölkerung nennen, dass die politischen Institutionen und ihre RepräsentantInnen „Kontrolle über Ressourcen, Handlungen und Ereignisse im Sinne der Bevölkerung“¹ ausüben. Der Verlust des Vertrauens in die Politik bedeutet im Umkehrschluss, dass die Menschen immer weniger davon ausgehen, dass die Politik im Sinne des Gemeinwohls agiert, und stattdessen eigene oder Partikularinteressen von bestimmten Gruppierungen verfolgt. Häufig geht damit einher, dass die Menschen die Glaubwürdigkeit der PolitikerInnen in Frage stellen. Als Konsequenz daraus wird den BürgerInnen häufig eine Einstellung unterstellt, die der Begriff der „Politikverdrossenheit“ zu beschreiben sucht.

Politikverdrossenheit, auch Politikmüdigkeit, bezeichnet eine negative Einstellung der BürgerInnen in Bezug auf politische Aktivitäten und Strukturen, die sich unter Umständen in Desinteresse an und Ablehnung von Politik, ihrer Institutionen und politischem Handeln äußert. Diese Haltung kann generell die ganze politische Ordnung betreffen oder sich nur auf Ergebnisse politischer Prozesse beziehen.²

Zitiert nach wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Politikverdrossenheit>

2. Vertrauensverlust in die Politik – einige Befunde³

Umfrageergebnisse und Studien weisen regelmässig darauf hin, dass die BürgerInnen den PolitikerInnen und politischen Organisationen zunehmend mit Distanz und Skepsis begegnen. So fand eine stern-Umfrage, durchgeführt vom Forsa-Institut, im Mai 2011 heraus, dass $\frac{3}{4}$ der Befragten die PolitikerInnen und Parteien als sprunghaft und unberechenbar empfinden, und immerhin 63% der Befragten gaben an, dass sie glauben, dass die PolitikerInnen mehr auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind, als sich für die Interessen des Landes einzusetzen.⁴ Eine GfK-Studie (2014) untersuchte das Vertrauen der Menschen in unterschiedliche Berufsgruppen. PolitikerInnen schnitten bei der Untersuchung alarmierend schlecht ab. Nur 15% der Befragten in Deutschland schenkten der Berufsgruppe der PolitikerInnen ihr Vertrauen.⁵ Schlecht sieht es auch bei den Parteien aus, nur 16% der Befragten gaben an, in sie als Institutionen zu vertrauen.⁶ Und während die Glaubwürdigkeit einer

¹ Zitiert nach Wikipedia: <http://de.wikipedia.org/wiki/Vertrauen>

² Zur kritischen Diskussion des Begriffes siehe auch Christoph (2012): „Politikverdrossenheit“, abrufbar unter <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61504/politikverdrossenheit?p=all>

³ In der MuP-Arbeitshilfe „Vertrauen in Politik und Demokratie in Zahlen“ sind die Befunde dreier Untersuchungen zum Thema etwas detaillierter aufgeführt. (http://fes-mup.de/files/mup/pdf/arbeitshilfen/MuP-Arbeitshilfe_Vertrauen_in_Politik_und_Demokratie.pdf)

⁴ Quelle: <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-vertrauen-in-die-politik-schrumpft-rapide-1681035.html>

⁵ Quelle: <http://www.stern.de/politik/deutschland/stern-umfrage-vertrauen-in-die-politik-schrumpft-rapide-1681035.html>

⁶ Allerdings ändert sich hier das Bild, wenn man nach persönlich bekannten PolitikerInnen fragt, hier haben 55% der Befragten Vertrauen. Quellen: <http://www.welt.de/wirtschaft/article125085246/Wem-die-Deutschen-wirklich-vertrauen.html> und <http://www.gfk.com/de/news-und-events/presse/pressemitteilungen/Seiten/GfK-Verein-Weltweite-Studie-zum-Vertrauen-in-Berufsgruppen.aspx>

Partei laut einer Studie der Stiftung für Zukunftsfragen (2013) die wichtigste Rolle bei der Wahlentscheidung spielt, kann nur noch bei jedem fünften Befragten die in der Vergangenheit viel häufiger anzutreffende Parteitreue konstatiert werden.⁷

Bei der Frage nach dem Vertrauen in die Institutionen (Regierung, Bundestag, der Demokratie insgesamt etc.) zeugen die Ergebnisse der Umfragen von ähnlicher Skepsis. Die Werte befinden sich alle im unteren Bereich, und nur minimale Schwankungen nach oben werden häufig schon zur Schlagzeile der „Rückkehr des Vertrauens“. Der „GfK Global Trust Report 2013“ ergab, dass die deutsche Regierung von nur 34% der Befragten ihr Vertrauen ausgesprochen bekommt.

Auch die Befunde für die Europäische Union sehen düster aus. Vor allem im Zuge der Finanzkrise verloren die Institutionen der Europäischen Union das Vertrauen der BürgerInnen in ihre Fähigkeiten, die Konsequenzen der Krise abzufangen. Eine Umfrage von Eurobarometer, einem Organ der Europäischen Kommission, vom März 2014, kurz vor den Europawahlen, zeigt, dass 59% der EU-BürgerInnen der Europäischen Union eher nicht vertrauen, nur ein Drittel (32%) vertraut der Europäischen Union.⁸ Ein Lichtblick bietet die Wahlbeteiligung der Deutschen bei den Europawahlen im Mai 2014. So setzte sich der Trend der abnehmenden Wahlbeteiligung immerhin nicht fort, die Zahlen stiegen leicht an, und es besteht die Hoffnung, dass diese Talfahrt beendet ist.

3. Wie zeigt sich der Vertrauensverlust?

Die oben zitierten Studien beziehen ihre Ergebnisse aus Umfragen, in denen direkt nach dem gefühlten Vertrauen der Befragten gefragt wurde. Doch welche weiteren Phänomene lassen sich beobachten, die auf einen Vertrauensverlust in die Politik und die schwindende Glaubwürdigkeit ihrer VertreterInnen schliessen lassen? An welchen weiteren **Faktoren** lässt sich die **Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger** ablesen? Hier eine schlaglichtartige Sammlung:

- Schlechte Umfrageergebnisse über das Ansehen von PolitikerInnen
- Schwindende Mitgliederzahlen bei den grossen Parteien, Verlust der Stammwählerschaft
- Niedrige Wahlbeteiligung
- Gute Wahlergebnisse von (inhaltlich-unklaren) Splitter- und „Protest“parteien
- Schwindendes politisches Engagement
- Politisches Desinteresse

4. Gründe für den Vertrauensverlust

Gerade in Anbetracht eigener Unsicherheiten und Ängsten vor der Zukunft sehnen sich die Menschen nach PolitikerInnen, denen sie ihr Vertrauen schenken können, und in die sie ihre Hoffnungen auf eine bessere und wirtschaftlich abgesicherte Zukunft setzen können. Doch was hält sie davon ab? Die Gründe dafür sind vielschichtig.

Die BürgerInnen haben **zunehmend den Eindruck**, dass die **Politik nicht in der Lage ist, die drängenden Probleme der Gesellschaft zu lösen**. In Anbetracht von Finanzkrisen, Globalisierungsprozessen und zunehmender Komplexität der Sachverhalte **verlieren sie das Vertrauen in die Institutionen und die Demokratie zukunftsfähige Lösungen zu finden**.

⁷ Quelle: http://www.gfk.com/de/Documents/Pressemitteilungen/2013/20130207_PM-GfK-Verein-Global-Trust-2013-fin_dt.pdf

⁸ Quelle: <http://www.stiftungfuerzukunftsfragen.de/en/newsletter-forschung-aktuell/250.html>

⁹ Quelle: http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_415_data_en.pdf

Intransparente und unzureichend kommunizierte Entscheidungsprozesse führen dazu, dass sich Ohnmacht unter den BürgerInnen breit macht und sie das Gefühl bekommen, nicht mitgestalten zu können. Generell wird **politischen AkteurInnen häufig unterstellt, dem Druck mächtiger Lobbygruppen zu häufig nachzugeben und Klientelpolitik zu betreiben**, sogenannte Steuergeschenke sind nur ein Beispiel dafür. Vertrauensbrüche in Form von **nicht eingehaltenen Wahlversprechen** prägen sich den BürgerInnen zusätzlich negativ ein.

Damit einher geht, dass das Ansehen der PolitikerInnen sinkt. Die **Menschen haben ein Bild vom Berufsstand der PolitikerInnen, welches diesen Egoismus, Machtstreben, fehlenden Gemeinwohlsinn und Alltagsferne unterstellt**. PolitikerInnen, die bei öffentlichen Auftritten vor allem rhetorisch glänzen, dabei jedoch inhaltlich unkonkret bleiben, klaren Aussagen ausweichen, und viel Energie darauf verwenden, politische Gegenspieler bloßzustellen, wecken bei den Menschen Misstrauen. Kommt es dann noch zu **vereinzelt persönlichen Verfehlungen**, wie z.B. den Vorwürfen plagierter Doktorarbeiten, wird häufig aus Misstrauen Gewissheit.

Eine nicht immer rühmliche **Rolle** spielen die **Medien**. Wird es in der medialen Berichterstattung wichtiger, **Politik in der Tendenz zu skandalisieren** und im Sinne erhöhter Einschaltquoten und Verkaufszahlen Misstrauen in die politische Klasse zu säen, kommt die Informations- und Kontrollfunktion der Medien zu kurz.

In der Konsequenz führt der Vertrauensverlust bei den Menschen zu dem **Eindruck, dass Politik vor allem im Sinne der Bessergestellten agiert**. Das Gefühl **mangelnder politischer Teilhabe und politischen Einflusses** ist laut Untersuchungen besonders ausgeprägt bei Menschen mit geringem sozio-ökonomischem Status und aus einem politikfernen Umfeld.

5. Kehrtwende zu einer politischen Kultur des Vertrauens

Wenn die Demokratie und ihre VertreterInnen unter einem Glaubwürdigkeitsproblem leiden und von den BürgerInnen das Vertrauen entzogen bekommen, so steht das ganze politische System unter Druck. Nur Vertrauen in das System und seine demokratisch gewählten VertreterInnen schafft Legitimation. Deshalb ist es – nicht nur im Sinne des Stimmengewinns einzelner Parteien, sondern vor allem im Sinne der Demokratiestärkung – von grosser Bedeutung, Vertrauen zurückzugewinnen und der langsamen Vertrauenserosion entgegenzuwirken. Bedeutend dabei ist die Schaffung und Pflege einer *politischen Kultur, die Vertrauen schafft*.

Der Aufbau und die Pflege von Vertrauen folgt keinem einfachen Muster. Vertrauen ist etwas, das man sich nicht „holen“ kann, sondern was man „geschenkt“ bekommt, einem entgegengebracht wird. Vertrauen entwickelt sich in einer Atmosphäre der Glaubwürdigkeit und einer politischen Kultur, die sich auf das Gemeinwohl, Ehrlichkeit und Authentizität besinnt. PolitikerInnen und Parteien müssen hierfür **Verlässlichkeit beweisen** und **politische Prozesse besser vermitteln**. Doch auch die Medien stehen in der Verantwortung. Zudem kann auch die Zivilgesellschaft dazu beitragen, eine politische Kultur des Vertrauens zu verankern und zu stärken.

5.1. Verständnis für politische Prozesse und Demokratie durch Politische Bildung fördern

Der Vertrauensverlust der Bürgerinnen und Bürger in Politik und politische Prozesse ist zum großen Teil auch darauf zurückzuführen, dass viele Menschen die oftmals komplexen politischen Zusammenhänge und Sachverhalte schlichtweg nicht verstehen. Hier gilt es verstärkt mit **„Politischer Bildung“** anzusetzen, die **Wissen und wichtige Zusammenhänge über das politische System sowie den Wert der Demokratie vermittelt**. Mit deren Hilfe können BürgerInnen ihre Kenntnisse über

politische Prozesse erweitern, ihr Urteilsvermögen schärfen sowie demokratische Werte, Spielregeln und Verfahren erlernen, die dann die Basis für ein Grundvertrauen in die Demokratie sind.

5.2. Politisches Vertrauen wiedererlangen

Von Seiten der Politik und ihrer Akteure erfordert vertrauenswürdiges Agieren konkret Fähigkeiten und Bemühungen in den folgenden Feldern:

Kommunikation und Transparenz

- Verständliche Aufbereitung von Fakten und Informationen
- Transparente Vermittlung von Entscheidungsprozessen
- Politische Bildung um das Verständnis für politische Prozesse und demokratische Werte zu fördern
- Professionelle politische Kommunikationsfähigkeiten, um politische Standpunkte und Botschaften verständlich zu vermitteln
- Sach- und Fachkompetenz

**Franz Müntefering (SPD) zum Thema „Was gute Politiker ausmacht“,
im FAZ-Artikel „Das große bunte Staatstheater“ (21. Juni 2014)**

„Max Weber hat mit Augenmaß als einer der wichtigen Tugenden gesprochen, die man haben muss, um ein guter Politiker sein zu können. Und es ist eine schwierige Tugend, immer wieder gefährdet. Beim Augenmaß geht es um die richtige Distanz. Sich nicht mutlos zu verlieren in den Unübersichtlichkeiten des permanenten Prozesses, aber auch nicht in unbeteiligter Nichtbetroffenheit dem Getümmel fern zu sein. Ehrlich und sensibel, kampfbereit und kompromissbereit seine Rolle annehmen, die einem nach den Regeln der Demokratie und der Gesellschaft zugeordnet ist.“

Partizipation und Dialog

- Mehr Bürgerbeteiligung und partizipative Verfahren
- Mehr plebiszitäre Elemente in ausgesuchten Handlungsfeldern
- Gestaltungs- und Steuerungsprozesse (v.a. auch auf kommunaler Ebene) bürgernäher gestalten
- Dialogbereitschaft: Vermittlung von komplexen Sachverhalten und Werben um Verständnis für die politischen EntscheidungsträgerInnen
- Vertrauen der Menschen in die Veränderbarkeit und Gestaltbarkeit der eigenen Lebensverhältnisse wiederherstellen und zu politischem Engagement ermutigen

Authentizität und Ehrlichkeit gepaart mit Sachkompetenz

Authentizität und Ehrlichkeit zeichnet sich durch die Kombination persönlicher Integrität und öffentlicher Glaubwürdigkeit aus, und durch ein Zusammenfallen von Anspruch und Wirklichkeit, d.h. von Sagen und Handeln. Konkret könnten sich diese integralen Bestandteile eines politischen Führungsstils, der Vertrauen erzeugt, z.B. zeigen in:

- realistischen Wahlversprechen statt kurzfristigem Populismus, die im politischen Alltagsgeschäft des Aushandelns und der Kompromissfindung nicht ganz so schnell gebrochen werden müssen

- Transparenz und klare Kommunikation wenn Abweichen vom Gesagtem/Versprochenem notwendig wird
- Langfristigere und weitsichtigere Politik und eine Schwächung der kurzfristigen Legislaturperiodenkonzentration
- klare Gemeinwohlorientierung statt persönlichem Machtstreben

5.3. Sachgerechte, verständliche und politisch neutrale Medienberichterstattung

Doch auch Medien und MedienvertreterInnen sollten ihren Teil dazu beitragen, Vertrauen herzustellen – immer mit einer gesunden Prise Misstrauen und kritischem Hinterfragen – indem sie verantwortlich und sachlich Bericht erstatten und Politik vermitteln. Die Tendenz zur „Skandalisierung von Politik und einer Simplifizierung komplexer politischer Prozesse“⁹, sowie die Orientierung an Einschaltquoten und Verkaufszahlen sollten einem **Bewusstsein der wichtigen Informations- und Kontrollfunktion der Medien** weichen. Die Medien haben eine Verantwortung, ihren Teil an politischer Bildungsarbeit zu leisten, **sachlich zu berichten und kritisch aber ausgewogen das politische Geschehen zu kommentieren.**

5.4. Engagement von Zivilgesellschaft und BürgerInnen

Zu guter Letzt sind auch die Zivilgesellschaft und die Bürgerinnen und Bürger mit in der Verantwortung, Rahmenbedingungen für Vertrauensprozesse und eine politische Kultur des Vertrauens mitzugestalten. Zivilgesellschaftliche Organisationen können dabei helfen, Transparenz zu schaffen, oder auch zur politischen Aufklärung beizutragen (siehe z.B. der Verein „LobbyControl, der die Arbeit und das Vorgehen von Interessensverbänden und ihre Einflussnahme auf Politik und Öffentlichkeit überwacht). Auch können die Bürgerinnen und Bürger durch Information ihr Verständnis über politische Prozesse erweitern, und im Rahmen von Bürgerschaftlichen Engagement ihre Interessen zur Geltung bringen.

6. Zusammenfassung

Insgesamt gilt es – ob durch Politische Bildungsmaßnahmen, politische EntscheidungsträgerInnen, Organisationen der Zivilgesellschaft oder die Medien – transparent **Wissen über politische Prozesse zu vermitteln** sowie viel öfter **mit den BürgerInnen in den Dialog treten, diese in Entscheidungen mit einzubeziehen** und **immer auch mit einem kritischen Blick für Verständnis** bzgl. politischer Entscheidungen und EntscheidungsträgerInnen **zu werben.**

Die folgende Tabelle fasst noch einmal die wichtigsten wahrgenommenen Defizite in der Politik, die Vertrauensverlust nach sich ziehen können, sowie Maßnahmen, verlorengangenes Vertrauen wiederzugewinnen, zusammen.

¹⁰ Quelle: Denkwerkstatt „Politik und Vertrauen“, Report Nr. 2, Dezember 2011: Transparenz und Vertrauen. Authentizität und Führung.

Wahrgenommene Defizite (in der Politik), die Vertrauensverlust nach sich ziehen ...	Was kann man tun, um wieder Vertrauen in Politik und Demokratie aufzubauen ...
<p>„Nicht verstehen“ komplexer politischer Zusammenhänge/ Sachverhalte und „Nichtwissen“ über Mitwirkungsmöglichkeiten</p> <p>aber auch</p> <p>Gefühl, undurchsichtiger demokratischer Verfahren</p>	<p>Da Politikverständnis und Verständnis für PolitikerInnen/Parteien eng ineinander greifen ist es wichtig das Politikverständnis zu fördern:</p> <p>... von seiten der PolitikerInnen:</p> <p>→ Komplexe Zusammenhänge/Sachverhalte verständlich erklären und vermitteln</p> <p>→ Politische Entscheidungen nachvollziehbar machen</p> <p>→ Umsetzungsprozesse partizipativer gestalten</p> <p>... Politische Bildung fördern und verstärken, damit wichtige Zusammenhänge politischer Prozesse vermittelt und demokratische Werte, Spielregeln und Verfahren eingeübt werden können.</p>
<p>Wiederholte „Vertrauensbrüche“ durch z.B. nicht eingehaltene Wahlversprechen der politischen EntscheidungsträgerInnen</p>	<p>... von seiten der PolitikerInnen:</p> <p>→ Kongruenz zwischen Ankündigung und tatsächlichem Handeln</p> <p>→ Offene, transparente Kommunikation, auch wenn man anders agiert als angekündigt, weil sich z.B. Rahmenbedingungen verändert haben, oder Kompromisse notwendig sind</p> <p>→ aufzeigen der Gemeinwohlorientierung von Entscheidungen</p> <p>→ ernst nehmen der BürgerInneninteressen</p>
<p>Mangel an Transparenz vor allem bei politischen Entscheidungsprozessen</p>	<p>... Transparenz politischer Entscheidungsprozesse verbessern, z.B. durch:</p> <p>→ offene Kommunikation und Interaktion (Wer, wie, welchen Einfluss, ausübt und warum es zu Abweichungen vom „Versprochenen“/ Geplanten kommt)</p> <p>→ frei zugängliche relevante, übersichtlich und strukturiert dargebotene Daten</p>
<p>Eindruck von mangelnder Problemlösungskompetenz der politischen EntscheiderInnen</p>	<p>... Problemlösungskompetenz vermitteln indem z.B. transparent aufgezeigt wird:</p> <p>→ dass es nicht immer die eine Lösung gibt und bei komplexeren Sachverhalten gute Lösungen auch Zeit brauchen</p> <p>→ dass man als PolitikerIn Sach- und Fachkenntnis besitzt und weiß, was zu tun ist, und das Vorgehen auch transparent macht</p> <p>→ dass man sich bei der Lösung des Problems am Gemeinwohl orientiert</p> <p>→ warum man z.B. auch von geplanten Vorgehensweisen abweichen muss</p>

Wahrgenommene Defizite (in der Politik), die Vertrauensverlust nach sich ziehen ...	Was kann man tun, um wieder Vertrauen in Politik und Demokratie aufzubauen ...
<p>Eindruck von Klientelpolitik bzw. Verfolgung von Eigeninteressen der PolitikerInnen (Macht, Privilegien ...)</p>	<p>... im politischen „Geschäft“ kommunizierte Regeln einhalten und verlässlich agieren</p> <p>... Offene, transparente Kommunikation darüber:</p> <ul style="list-style-type: none"> → wer, wie, welchen Einfluss ausübt. → warum es zu Abweichungen vom „Versprochenen“/ Geplanten kommt, wenn sich z.B. Rahmenbedingungen verändert haben, oder Kompromisse notwendig sind. → wie sich die Entscheidungen am Gemeinwohlorientierung orientieren und → das Entscheidungen auf Grundlage eines soliden Wertefundaments getroffen wurden.
<p>geringe Partizipations- und Mitgestaltungsmöglichkeiten der BürgerInnen</p>	<p>Menschen verstärkt in den politischen Prozess einbinden, z.B. durch:</p> <ul style="list-style-type: none"> → die Ermöglichung von mehr BürgerInnenbeteiligung, die transparent und zugänglich gestaltet werden und wirkliche Partizipation ermöglichen muss (auch über Soziale Medien) → klarer und transparenter Mitwirkungsmöglichkeiten aufzeigen → Ernst nehmen der BürgerInneninteressen, indem politische EntscheidungsträgerInnen aus den Ergebnissen der Beteiligungsverfahren Konsequenzen ziehen
<p>zu hohe Zugangshürden für politische Mitgestaltung („closed shop“)</p>	<p>Politik muss dem verstärkten Bedürfnis nach Offenheit und Authentizität entsprechen, z.B. indem:</p> <ul style="list-style-type: none"> → Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden → diese klarer und transparenter aufgezeigt werden → Dialoge mit „Betroffenen“ geführt und diese in Entscheidungen mit einbezogen werden → sich politische Organisationen auch für Nichtmitglieder öffnen

Ute Kumpf (SPD), in der Dokumentation der Denkwerkstatt "Politik und Vertrauen"; Report 1: „Die Rolle von Vertrauen in Politik, Wirtschaft und sozialen Netzwerken“ des Forums Berlin der FES, September 2011

„Bürgergesellschaft und staatliche Politik müssen Partner auf Augenhöhe und in gleicher Verantwortung sein. Der Ausbau von Bürgerbeteiligung und demokratischen Mitbestimmungsrechten darf nicht in eine Schwächung von Parteien und in ein Anzweifeln parlamentarischer Verfahren münden. Repräsentative Verfahren, Elemente direkter Demokratie und die informelle politische Partizipation von Bürgerinnen und Bürgern müssen in eine Balance gebracht werden.“

7. Quellen zum Vertiefen

- Christoph, Klaus (2012): „Politikverdrossenheit“. Deutschlandarchiv. Bundeszentrale für politische Bildung. Abrufbar unter: <http://www.bpb.de/geschichte/zeitgeschichte/deutschlandarchiv/61504/politikverdrossenheit?p=all>
- Embacher, Serge (2011): "Einstellungen zur Demokratie". In Demokratie in Deutschland 2011 – Ein Report der Friedrich-Ebert-Stiftung. Abrufbar unter : <http://library.fes.de/pdf-files/akademie/08036.pdf>
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (2011): Dokumentationen der Denkwerkstatt "Politik und Vertrauen".
Report 1: Die Rolle von Vertrauen in Politik, Wirtschaft und sozialen Netzwerken, September 2011 http://www.fes.de/integration/pdf/report_01_neu.pdf
Report 2: Transparenz und Vertrauen, Authentizität und Führung, Dezember 2011 http://www.fes.de/integration/pdf/report_02_neu.pdf
Report 3: Vertrauen durch mehr Beteiligung, Vertrauen in Europa, Juni 2012 <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/09244.pdf>
- Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin (2014): Lobbyismus in der Kritik. Ansätze zu einer zeitgemässen Regulierung von Interessenvertretung. Veranstaltungsdokumentation. Abrufbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10538-20140304.pdf>

- Weitere **Informationen** rund um das Thema „**Vertrauen schaffen! Politik und Glaubwürdigkeit**“ finden Sie auf unserer [MuP-Website](#).
- In der **MuP-Arbeitshilfe** „[Vertrauen in Politik und Demokratie in Zahlen](#)“ sind die Befunde dreier Untersuchungen zum Thema etwas detaillierter aufgeführt.
- Im Rahmen des Themas für Sie sicher auch interessant: die **MuP-Arbeitshilfen** „[Politisches Engagement fördern](#)“, „[Möglichkeiten und Methoden politischer Beteiligung](#)“ und „[Partizipationsverfahren](#)“.
- Weitere **MuP-Arbeitshilfen** finden Sie auf der [MuP-Website](#).